

## **Im Stadtgebiet sollte es mehr überdachte Treffpunkte für Jugendliche geben. JA**

Überdachte Treffpunkte bieten Jugendlichen geschützte, niedrighschwellige Orte zum Zusammenkommen – unabhängig von Wetter, Konsumzwang oder Einkommen. Sie fördern soziale Teilhabe, Prävention und ein gutes Miteinander im öffentlichen Raum. Gerade in dicht bebauten Stadtteilen tragen solche Orte zu mehr Aufenthaltsqualität und gegenseitigem Verständnis bei.

## **Das Nordbad sollte für Kinder und Jugendliche günstiger und in den Ferien kostenfrei sein. JA**

Ein günstiger oder kostenfreier Zugang zum Nordbad senkt Hürden und macht Sport und Freizeit für alle zugänglich. Niedrighschwellige Angebote fördern Gesundheit und soziale Teilhabe – besonders Kinder und Jugendliche profitieren davon. Frühzeitiges und regelmäßiges Schwimmen stärkt nicht nur die körperliche Entwicklung, sondern hilft auch, die Nichtschwimmer-Quote zu senken. Gerade in den Ferien können solche Angebote einen wichtigen Beitrag zu Chancengleichheit und Prävention leisten.

## **Das Mindestalter bei Kommunalwahlen sollte auf 16 Jahre gesenkt werden. JA**

Junge Menschen sind direkt von kommunalpolitischen Entscheidungen betroffen und sollten früh mitentscheiden können. Ein Wahlrecht ab 16 stärkt politische Bildung, Beteiligung und demokratisches Verantwortungsgefühl. Es fördert langfristig Engagement und eine lebendige, zukunftsfähige Demokratie auf kommunaler Ebene.

## **Darmstadt sollte zusätzliche Geflüchtete aufnehmen. (Auf die Zuteilung von Geflüchteten haben Kommunen keinen direkten Einfluss. Sie können aber z. B. über die Initiative Sichere Häfen zusätzlich Menschen aufnehmen.) JA**

Die Aufnahme von Geflüchteten ist Ausdruck humanitärer Verantwortung und europäischer Solidarität. Als leistungsfähige Stadt kann Darmstadt dazu beitragen, Schutzsuchende aufzunehmen, sofern Unterbringung, Betreuung und Integration gesichert sind. Entscheidend ist eine faire Verteilung, ausreichende Unterstützung durch Bund und Land sowie frühzeitige Integrationsangebote, damit Aufnahme nachhaltig und sozial ausgewogen gelingt.

## **In öffentlichen Einrichtungen sollte es auch für nicht binäre Personen Toilette geben. (Menschen, die sich nicht in die binäre Trennung von „männlich“ und „weiblich“ einordnen) JA**

Toiletten für nicht-binäre Personen sorgen dafür, dass sich alle Menschen in öffentlichen Einrichtungen sicher und respektiert fühlen. Sie fördern Inklusion und Teilhabe im Alltag, ohne andere einzuschränken. Eine solche Lösung ist niedrighschwellig umsetzbar und entspricht einer modernen, vielfältigen Stadtgesellschaft.

## **Der Klimaschutz sollte bei kommunalpolitischen Entscheidungen eine größere Bedeutung haben als wirtschaftliche Erwägungen. JA**

Klimaschutz ist eine zentrale Zukunftsaufgabe und muss bei kommunalen Entscheidungen ein hohes Gewicht haben. Ohne konsequenten Klimaschutz steigen langfristig die sozialen und wirtschaftlichen Kosten deutlich. Nachhaltige Entscheidungen sichern Lebensqualität, Gesundheit und wirtschaftliche Stabilität für kommende Generationen.